Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1133 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 519. Halle, Freitag, den 5. November 1920. Einzelpreis 20 Pfg.

Fortsetzung der Etatsberatung im Reichstag

Braunlage von einer bewaffneten Bande überfallen — Das amerikanische Wahlergebnis Neuordnung des Luft- und Kraftverkehrswesens.

Nochmals der Fall Augustin.

Geheimrat Augustin, dessen Ausscheiden aus seinem Amt als Referent im Stickstoffdezernat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter unerfreulichen, das Ansehen der Beamtenschaft sicher nicht hebenden Umständen erfolgt, versendet jetzt an die Presse eine längere Rechtfertigungsschrift, deren Inhalt an dem bekannten Tatbestand — Annahme von Geschenken von Personen, mit denen er amtlich zu tun hatte, durch seine Familie — nichts zu ändern vermag, wenn auch Herr Augustin glaubhaft versichert, daß seine amtlichen Verfügungen hiervon nicht beeinflußt worden seien. Bemerkenswert erscheint allerdings ein scharfer Angriff auf den Staatssekretär Dr. Ramm, der in dieser Angelegenheit offenbar eine seltsame Rolle gespielt haben muß. Herr Augustin sagt von diesem Herrn:

„Da mir bekannt geworden war, daß die Mitteilung von meiner angeblichen Verfehlung dem Ministerium durch den Staatssekretär im preußischen Landwirtschaftsministerium Dr. Ramm erfolgt war, begab ich mich zu diesem, um ihm den Sachverhalt auseinanderzusetzen. Bei dieser Gelegenheit gab ich Herrn Dr. Ramm von meinem Entschluß, sofort im Urlaub zu gehen und am 1. Oktober aus dem Dienst des Ministeriums auszuscheiden, Kenntnis. Gelegentlich dieser Unterredung teilte mir Herr Staatssekretär Dr. Ramm mit, daß einer der führenden Herren aus den bisher früher genannten Gesellschaften ihm gesagt habe, er hätte die Absicht, zur Erleichterung der Durchführung der Geschäfte der beiden genannten Gesellschaften einen Herrn im Ministerium zu bestehen; er habe dabei an mich und einen anderen Herrn gedacht. Tatsächlich ist dieser Herr, der das besondere Vertrauen des Herrn Dr. Ramm genießt, in dieser Angelegenheit nicht bei mir gewesen. Er hat auch jetzt in Zeugengegenwart entschieden in Abrede gestellt, eine derartige Aeußerung getan zu haben. Ich stelle demnach fest: 1. Trotzdem Herr Staatssekretär Dr. Ramm genaue Kenntnis von den Vorgängen hatte, hat er die Angelegenheit zu einer Bestechungsaffäre aufgebauscht, soweit meine Person in Betracht kam, es ist jedoch nicht bekannt geworden, ob er denselben Schluß bezüglich der beschuldigten Gesellschaft (Ackerbaugesellschaft. Die Red.) und seiner eigenen Person, da er doch Vorsitzender des Aufsichtsrates der Gesellschaft ist, gezogen hat. 2. Mit Wissen des Herrn Staatssekretärs Dr. Ramm hat nach der eigenen Darstellung des Herrn Dr. Ramm eine maßgebliche Persönlichkeit der genannten Gesellschaft die Absicht gehabt, einen Bestechungsversuch an einem Beamten des Ministeriums vorzunehmen, ohne daß Herr Staatssekretär Dr. Ramm als Staatsbeamter oder auch als Aufsichtsratsvorsitzender hiergegen eingeschritten ist."

Nach dieser ernsten Anklage gegen Dr. Ramm wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als gegen ihn das Disziplinarverfahren zu eröffnen. Möge es ausfallen wie es wolle, nach allem, was bisher die Oeffentlichkeit bisher über diese Dinge erfahren hat, ist die Affäre Augustin-Ramm ein betrübendes Anzeichen dafür, daß unter den Einwirkungen der neuen Zeit auch die frühere unantastbare Integrität unseres höheren Beamtenstandes schwere Einbuße erlitten hat.

Inzwischen rührt sich auch der Staatssekretär im preußischen Landwirtschaftsministerium, Dr. Ramm. Er läßt der „Dena" zufolge nachstehende neue Erklärung veröffentlichen:

„Der Verlauf der Bestechungs-Debatte im Reichshaushalts-Ausschuß vom 2. Nov. 1920 veranlaßt mich, einige Daten beizubringen, die m. E. zur Feststellung des Tatbestandes beitragen. Wie mir heute bekanntgegeben wurde, wird außerdem die Staatsanwaltschaft die Sache aufnehmen, so daß auch hierdurch weitere Klarheit in die Vorgänge gebracht wird. Die bekannten 6000 Mark wurden Herrn Dr. Augustin am 8. Oktober 1919 aus dem Privat-Konto des Dr. Glock überwiesen. Die Erstattung der Summe durch die Ackerbaugesellschaft geschah am 5. Nov. 1919. Die Beschaffung des Sparkassenbuches in Höhe von 1000 Mark erfolgte am 15. September 1919. Zu dieser Zeit waren die Herren Hermes und Augustin häufig meine Gäste auf meinem Dienstzimmer, um alle möglichen, die beiden Ressorts betreffenden Fragen zu besprechen. Ich kann also in dem gerichtlichen Verfahren unschwer nachweisen, daß vor diesen geldlichen Transaktionen zwischen dem ersten Geschäftsführer der Ackerbaugesellschaft und mir kein Wort über die Beamtenbestechung gefallen ist. Erst im April oder Mai 1920, wenige Wochen bevor ich den Brief an den Minister Hermes geschrieben habe [Mai-Brief], hat die Besprechung zwischen dem Geschäftsführer und mir stattgefunden, in der ich nachdrücklich die Unbestechlichkeit der Beamten behauptete unter Nennung einer Anzahl von Namen mir nahestehender Herren, darunter auch Hermes und Augustin. Diese Unterhaltung ist für den Tatbestand ohne jedes Interesse. In den Gesprächen, die ich infolge meines Mai-Briefes mit dem Minister Hermes, dem Staatssekretär Huber und dem Dr. Augustin gehabt habe, habe ich dieses Gespräch nur erwähnt, um zu bekunden, wie fest ich von der absoluten Ehrenhaftigkeit Dr. Augustins überzeugt war. Es ist mir also ein leichtes, daß ich Dr. Augustin keine Falle gelegt habe, und daß ich selbst, wie schon früher erwähnt, durch die Mai-Mitteilung über die fraglichen Vorgänge aufs äußerste überrascht und betroffen war. Den Preußischen Landwirtschaftsminister und Ministerpräsidenten habe ich selbstverständlich über alle Vorgänge auf dem Laufenden gehalten. Daß er die Sache auf dem Parteitag in Kassel zur Sprache bringen wolle, war mir nicht bekannt. Ebenso wußte der Ministerpräsident, als er die Rede hielt, noch nicht, daß die Entlassung des Dr. Augustin aus dem Staatsdienst bereits erfolgt sei. Er hat mich ermächtigt, dies ausdrücklich zu erklären. Die Abendausgabe des „Reichs- und Staatsanzeigers" Nr. 231 vom 12. Oktober 1920 brachte diese Nachricht. Am 14. Oktober 1920 hielt der Ministerpräsident die Rede in Kassel. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Nachricht noch nicht in die Provinzzeitungen übergegangen. Tatsächlich ist sie am 15. oder 16. durch die Tageszeitungen zu seiner Kenntnis gelangt. Mir selbst hat der Staatssekretär Huber erklärt, Dr. Augustin werde für 3 Monate beurlaubt und nicht mehr ins Amt zurückkehren. Ich hatte keinen Grund zu zweifeln, daß dies sich so verhalte. — Meinen Briefwechsel mit Minister Hermes werde ich in kürzester Frist der Presse übergeben."

Die Neuordnung des Luft- und Kraftfahrwesens.

Schon vor einiger Zeit tauchten Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt des Unterstaatssekretär Euler vom Reichsamt für Luft- und Kraftfahrwesen auf. Sie wurden damals amtlich dementiert. Wie wir heute hören, ist Unterstaatssekretär Euler, der jetzt kürzlich seinen Urlaub beendet hatte, erneut in Urlaub gegangen, so daß die Wahrscheinlichkeit vorliegt, daß er auf seinen Posten nicht wieder zurückkehren wird. Für den Fall eines Ausscheidens des Unterstaatssekretärs Euler wurde damit gerechnet, daß das Luft- und Kraftfahrwesen als gesonderte Dezernate im Reichsverkehrsministerium eingegliedert werden sollten. Soviel wir wissen, sind die Erwägungen über die Neuordnung des Luft- und Kraftfahrwesens noch nicht abgeschlossen, jedoch kann jetzt schon als feststehend betrachtet werden, daß eine Trennung von Luft- und Kraftfahrwesen aus praktischen Gründen nicht beabsichtigt ist.

Hardings Wahl.

Es scheint sicher, daß Harding 330 und Cox 127 Stimmen im Wahlkollegium erhalten wird, die übrigen Stimmen sind noch zweifelhaft.

„Telegraaf" berichtet, daß neun Staaten, die im Jahre 1916 eine demokratische Mehrheit brachten, zu den Republikanern übergegangen sind, darunter Ohio, der Wahlkreis von Cox. Auch die Stadt New York, die bisher als demokratisches Bollwerk galt, ist den Republikanern zugefallen.

In der vom Vorsitzenden der nationalen demokratischen Kommission abgegebenen Erklärung heißt es über das Schicksal der Freiheit Irlands sei durch den republikanischen Sieg endgültig entschieden worden. Wilsons Sekretär erklärt, der Ausfall riefe ihm die Worte Wilsons ins Gedächtnis, er erleide lieber eine Niederlage für eine Sache, die einstmals triumphieren werde, als daß er einen Sieg davontrage für eine Sache, die einstmals verloren gehen würde.

In Orlando (Florida) veranlaßte ein Neger, der zur Wahl nicht zugelassen wurde, daß er seine Steuern nicht bezahlt hatte, einen Auflauf. Hierbei wurden zwei Weiße getötet und andere verwundet. Die Menge hing den Neger schließlich auf und verbrannte fünf andere, die an dem Auflauf teilgenommen hatten, ebenso die Häuser, in die sie sich geflüchtet hatten.

Der Kampf um den Abstimmungstermin für Oberschlesien.

Man schreibt uns:

Seit Beginn der Besetzung Oberschlesiens durch die Entente hat in der gesamten Presse ein Rätselraten um den Abstimmungstermin eingesetzt, das nur Beunruhigung in der Bevölkerung hervorrufen kann. Es ist selbstverständlich, daß alle mit großer Spannung die Bekanntgabe des Abstimmungstermins erwarten, denn von ihm hängt sehr viel — sagen wir alles — ab. Vorläufig ist nicht einmal das Wahlreglement für die Abstimmung veröffentlicht worden. Für verschiedene bedrohte Kreise ist ausschlaggebend, wie dies ausfällt, beispielsweise für die am stärksten polnisch durchsetzten Kreise Rybnik, Pleß und Kattowitz. Seitens der Polen sind daher Bestrebungen im Gange, die darauf hinarbeiten, zonenweise zu verschiedenen Zeiten abzustimmen, um so Teilen des Abstimmungsgebietes einen polnischen Anstrich zu geben und außerdem dadurch die fertiggestellten Transportpläne umzuwerfen. Wohl ist von deutscher Seite in der Transportbearbeitung der Stimmberechtigten aus dem Reiche auch dieses Moment berücksichtigt worden, aber es wären im tatsächlichen Falle doch Schwierigkeiten zu überwinden. Das weiß der Pole sehr wohl! Aber nicht nur dieses Ziel, sondern ein weiteres wird angestrebt. Schon seit Monaten arbeiten Korfantys Getreue daran, die Abstimmung in die kalte Jahreszeit zu verlegen, um so die Ueberführung der Stimmberechtigten aus dem Reiche um ein weiteres zu erschweren. Es ist ganz klar, daß man im Frühling und im Sommer nicht diese Hemmnisse wie im Winter zu bestehen hat. Vor allem sind hier die eisenbahntechnischen Schwierigkeiten hervorzuheben. Hier droht die schwarze und die weiße Gefahr, die Kohlennot und der Schnee. Außerdem wird es schwer sein, bei eisiger Kälte alle Stimmberechtigten — besonders alte Leute — zu bewegen, die Fahrt anzutreten, trotzdem durch die Eisenbahndirektionen für Erwärmung der Züge durch Einstellung von Heizwagen alles irgend mögliche getan ist. Außerdem wird das Plebiszitkommissariat, das die Unterbringung im Abstimmungsgebiet regelt, in den kalten Monaten Mühe haben, die Stimmberechtigten unterzubringen, denn improvisierte Räume, wie man sie in der wärmeren Jahreszeit benutzen kann, kommen nicht in Betracht. Das Gleiche trifft auch für die Massenverpflegung zu. — Sabotierung des § 88 des Friedensvertrages, zonenweise Abstimmung, Verlegung der Abstimmung in die kalte Jahreszeit, das sind die Ziele der Polen, die durch die Parteilichkeit der Franzosen weitgehendst unterstützt werden.

Nach neuerlichen Nachrichten aus London und Paris scheint jedoch in bezug auf den Abstimmungstermin die Vernunft sich Bahn gebrochen zu haben. Verschiedene Meldungen sagen, daß die Abstimmung im Frühjahr stattfindet. Jedenfalls ist mit einer Abstimmung in Oberschlesien in den nächsten Monaten nicht zu rechnen.

Wie es auch sei, wenn die Stunde ruft, wir sind gerüstet.

Die Ententevertretungen in Bayern.

Daß mit der Errichtung einer französischen Gesandtschaft in München auch die übrigen Ententestaaten den Vorgängen in Bayern größere Aufmerksamkeit schenken würden, war ohne weiteres vorauszusehen. Wiederholte Meldungen über die Absichten Englands und Italiens, gleichfalls diplomatische Vertreter nach München zu entsenden, wurden jedoch immer wieder dementiert. Nunmehr wird der „Münchener Zeitung" aus Rom berichtet, daß die italienische Regierung einen Generalkonsul mit diplomatischen Vollmachten als Vertretung bei der bayrischen Regierung einsetzen wolle, und daß, wie in politisch unterrichteten Kreisen Roms versichert werde, auch die englische Regierung einen ähnlichen Schritt beschlossen habe. Der diplomatische Vertreter Englands in Bayern werde Sir William Seeds sein, der gegenwärtig erster Sekretär der englischen Botschaft in Berlin ist. Die Ankunft Seeds in München sei schon in den allernächsten Tagen zu erwarten.

Eine direkte Bestätigung dieser Meldung ist nicht zu erhalten, doch scheint man mit der Abberufung des bisherigen englischen Konsuls Smallbons und der Umwandlung des englischen Konsulats in ein Generalkonsulat mit gleichzeitiger Erweiterung der politischen Aufgaben seit geraumer Zeit gerechnet zu haben.

Eine Studentenschlacht bei der Rektoratswahl Lloyd Georges.

DA. London, 4. November. Die Wahl Lloyd Georges zum Ehrenrektor der Universität Edinburg ist zwar mit großer Mehrheit, aber durchaus nicht glatt erfolgt. Die Studentenschaft war in zwei Parteien gespalten, in die Lloyd George-Partei und in die Partei der Liberalen, die Prof. Gilbert Murray zum Rektor gewählt wissen wollte. Beide Parteien befehdeten sich erbittert, und am Tage des Wahlaktes kam es vor der Universität zu einer wütenden Studentenschlacht, bei der sich die Gegner mit faulen Eiern, überreifem Obst, Erbsen, Ruß und Oker bombardierten. Die Lloyd George-Partei hatte das Bild des gegnerischen Rektoratskandidaten an einem Galgen aufgehängt. Um dieses Bild entwickelte sich eine erbitterte Katzbalgerei. Schließlich gelang es den liberalen Studenten, das Bild ihres Kandidaten vom Galgen herunterzureißen und im Triumph davonzuschleppen. Dem Schauspiel der Studentenschlacht um die Wahl Lloyd Georges wohnten mindestens 4000 Personen als Zuschauer bei.

Frankreichs Vertreter im Völkerbunde.

DA. Paris, 4. November. Der Ministerrat hat auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Leygues Bourgeois, Viviani und Hanotaux zu ständigen Delegierten Frankreichs im Völkerbunde ernannt.

Im gleichen Ministerrat wurde die Reorganisation des Auswärtigen Dienstes behandelt und der Beschluß gefaßt, eine Reorganisation des Personals der Botschaften und Gesandtschaften vorzunehmen. Die diplomatischen Vertretungen in Europa sollen dementsprechend 23 neue Sekretäre und Attachés zugewiesen erhalten.

Arbeitsaufnahme in England.

London, 4. November. Die englischen Bergarbeiter haben, entgegen dem Refusal der Abstimmung, dem Vorschlag ihrer Führer Folge geleistet und beschlossen, zur Arbeit zurückzukehren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201105011/fragment/page=0001

Deutscher Reichstag.

23. Sitzung. Donnerstag, 4. November.

Fortsetzung der ersten Beratung des Reichshaushalts-Etats.

Abg. Dr. Helfferich (Dn.) weist jede Zensur seiner Partei sowohl von seiten des Abg. Schiffer zurück, wie von seiten des Außenminister. Speziell warne er vor der oberschlesischen Autonomie, nicht so sehr vom preußischen Standpunkt als im Hinblick auf die Wirkung, die der bloße Gedanke schon auf einen großen Teil der oberschlesischen Bevölkerung ausgeübt habe. Der Hamburger Zwischenfall, den der Außenminister auf das Konto seiner Partei geschoben, sei ein aufgebauschter Wirtschaftsskandal. Wir hätten so schon genügend Zwischenfälle gehabt als daß der Minister noch künstlich welche konstruieren sollte. Der Minister soll sich lieber um die Uebergriffe der Polen kümmern, da schon wieder in Bromberg 11 Deutsche verhaftet wurden. Die Auslassungen des Abg. Müller-Franken, daß Deutschland gegen die Uebergriffe der Ententemächte machtlos sei, wirken wie eine Einladung an das Ausland, neue Uebergriffe zu begehen. Redner polemisiert sodann gegen die Ausführungen Scheidemanns über die Entbindung der Beamten und Soldaten vom Treueid gegen den Kaiser und über die Offiziere. Diese hätten die Treue halten wollen und sich zu Tausenden der Regierung am 8. November zur Verfügung gestellt, seien aber nach Hause geschickt worden. Dann kam der Erlaß über das Schießverbot, kurz, es ist klar, daß in der Regierung selbst die heimlichen Förderer der Revolution saßen. Der Kaiser ist, um den Bürgerkrieg zu vermeiden, nach Holland gegangen. Abg. Müller-Franken hätte es freilich lieber gesehen, ihn an der Spitze seiner Garden den Tod suchen zu sehen. Abg. Müller gehöre doch auch zu den Persönlichkeiten, die am Tage des Kapp-Putsches nach Dresden geflüchtet seien. Er sei also am wenigsten geeignet, über den Kaiser den Stab zu brechen. Redner polemisiert dagegen, daß man seiner Partei ständig die Absicht einer Gewalttat unterschiebe und greift die äußerste Linke an, weil sie offen die Gewalt predige. Er tritt für die Orgesch-Organisation ein, bespricht die Stellungnahme des preußischen Justizministers und fordert die Reichsregierung auf, dem Gesetz gegenüber dem Gewaltakt des preußischen Innenministers Geltung zu verschaffen und das Material über die Orgesch der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Er warnt vor der geplanten roten Armee und vor der Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit Rußland, die nur ein Vorwand dafür seien, dem Bolschewismus Tür und Tor zu öffnen. Das einzige Handelsobjekt, das Rußland besitze, sei die Revolution. Nachdem er noch eine energische Ablehnung der Dieselmotoren-Wünsche der Entente gefordert, geht er zur Besprechung des Etats über.

Er bezweifelt, daß sich das Gleichgewicht wird herstellen lassen. Den Ausgaben von 100 Milliarden ständen an sicheren Einnahmen nur 30 Milliarden gegenüber, sodaß 70 Milliarden ungedeckt seien. Bei seinem Ausscheiden aus dem Reichsschatzamt betrug die Staatsschuld 40 Milliarden, heute 290 Milliarden und am Ende des Rechnungsjahres werde sie auf 325 Milliarden gestiegen sein.

Eine Bankotterklärung

entbindet das Reich nicht von seinen Verpflichtungen gegen seine Beamten, gegen die Verstümmelten und gegen die Entente. Er streift die Valutafrage, schilt rt das Wettrennen zwischen Löhnen und Preisen und betont die Notlage der kleinen Rentner und Pensionäre. Die Steuergesetzgebung verschärfe diese Lage noch, hier könne wenigstens eine Milderung einsetzen. Das Stocken der Valuta führe zum Export. Uns habe man Vandalismus vorgeworfen, der Ententetismus sei schlimmer, das beweise der Friedensetat, dessen Forderungen er einzeln durchgeht. Das deutsche Volk könne schon seine eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen, geschweige denn die ungeheuren Forderungen der Entente erfüllen. Nun wurde aus dem Reichsnotopfer ernst gemacht. Das ganze Opfer bringe, wenn es richtig eingehe, ganze 65 Milliarden, deckt also noch nicht einmal die Bedürfnisse eines Jahres. Dazu komme die Erbschaftssteuer mit ihren 35 bis 70 Prozent Abgaben.

Alles das führe zu einer Zermalmung des Bürgertums,

wie sie schließlich auch der radikale Sozialismus nicht besser wünschen könne. Unsere Wirtschaftskraft sei damit am Ende ihrer Kraft, da nütze doch keine Schönfärberei. Die Entente müßte die Dinge sehen, wie sie sind. Daher müßte eine feste Zahl als Grenze unserer Verpflichtungen festgesetzt werden. Die Mindererträge bei der Eisenbahn und Post müssen genau untersucht werden. Tariferhöhungen dürften nur erfolgen, wenn es gar nicht anders gehe. Eine wesentliche Vereinfachung der Steuergesetzgebung müßte eintreten. Redner fordert eine Revision der Reichsbesoldungsordnung in dem Sinne, daß Besserstellungen von Landesbeamten gegenüber den Reichsbeamten vermieden werden. Es passe auch nicht zur Sparsamkeit, daß 25 000 Beamtenstellen neu geschaffen und durch Nachtragetat vom 6. August dieses Jahres in aller Stille eingerichtet seien, daß das Haus en bloc angenommen habe. Unser Wirtschaftsleben lasse sich nur durch Fleiß, Arbeit, Pflichttreue und Sparsamkeit wieder heben, nicht durch Sowjetrezepte, hierher gehöre auch die Sozialisierung. Seine Partei lehne jede Sozialisierung ab. Sie proklamiere nicht den Klassenkampf, sondern die Klassenversöhnung. (Widerspruch.) Die Sozialpolitik habe den deutschen Arbeiter besser gestellt als irgend einen anderen auf der Welt, um so weniger sei es verständlich, daß jetzt solch ein Riß durch die Welt gehe. Es müßte zur Versöhnung ein neuer Weg zum

Ausgleich zwischen Kapital und Arbeiter

gefunden werden. In England sei ja das auch der Fall gewesen. Sozialisierung der Gesinnung auf beiden Seiten werde dazu helfen, die soziale Versöhnung ist die Grundbedingung für die Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes.

Reichsinnenminister Dr. Wirth bedauert, daß der Vorredner vielfach das Maß des Erlaubten überschritten, habe er doch selbst während seiner Tätigkeit auch keine Geistesblitze besonderer Leistungsfähigkeit hinterlassen. Das Weißbuch des deutschen Volkes habe ihnen während des Krieges begonnen. Die Rede Helfferichs habe eine eingehende Kritik gestatt, aber er habe auch nicht einen einzigen Gedanken gebracht, der uns einen neuen Weg zum Besserwerden wies. Daß die Nationalversammlung einer Länderbestand des Reiches nicht mehr gefährdet, dafür seien bereits Post, Reichseisenbahnen und Reichssteuern eine starke gemeinsame Klammer. Daß die Durchführung des Reichsnotopfers zu Härten führen kann, speziell gegenüber der Landwirtschaft, ist möglich, aber in Weimar ist ausdrücklich bestimmt worden, daß auch der Besitz zum Reichsnotopfer heranzuziehen ist. Angesichts der Entwertung des Geldes ist ja eine Einziehung auf Grundlage des Reichsnotopfer beitrages ganz unmöglich. Desgleichen sei der Vorwurf wegen der 25 000 neu geforderten Beamten unberechtigt, da es sich um die durch die Steuerübernahme geregelten Stellen handle. Daß die 100 000 von Menschen, die nicht in der Produktion stehen, in schwerer Notlage sich befinden, weiß ich. Um auch diesen zu helfen, werden wir in den nächsten Tagen ihnen eine Milliardenvorlage zugehen lassen, um ihnen das tägliche Brot zu sichern. Das ganze Problem ist die Stabilisierung unserer Valuta. Dieses Problem ist die Hauptaufgabe des Kabinetts, die Lösung ist aber sicher zu finden. Hier sollte Herr Dr. Helfferich mitarbeiten. Zu einer Vereinbarung mit der Entente hinsichtlich der Festlegung der Entschädigungsgelder werde nicht zu kommen sein, so lange in Frankreich der Gedanke lebe: „Der Boches bezahlt alles". Jedenfalls sei Dr. Helfferich nach seiner ganzen früheren Tätigkeit kaum der richtige Mann, hier Vorwürfe zu erheben. (Beifall.)

Abg. Quarck (Dt. Vol.) bedauert, daß die Kohlen- und Eisenindustrie allein die Einfuhr von Lebensmitteln ermöglichen. Daher müsste diese Produktion gestärkt werden. Redner warnt den Finanzminister vor einer erneuten Belastung der Kohlenindustrie und findet es sonderbar, daß der Minister erst diese mangelhafte Gesetzgebung in der Praxis erproben wolle, statt gleich an die Revision der Steuergesetzgebung heranzugehen und wirft ihm schließlich Lückenhaftigkeit und Unklarheit seines Etats vor. Eine Reform des Staates an Haupt und Gliedern sei erforderlich. Der Weg, neue Einnahmen durch Tariferhöhungen hereinzubekommen, scheine ihm ungangbar. Zu einer aktiven Politik Deutschlands braucht man ein Heer. Wir haben aber nur 100 000 Mann und selbst diese erscheinen Frankreich noch zu hoch. Um aus unserer Lage herauszukommen, müssen wir uns in wirtschaftlicher und politischer Beziehung als ein Volk fühlen.

Nach persönlichen Bemerkungen des Abg. Dr. Helfferich, der einigen der Behauptungen des Reichsfinanzministers auf eine ganze Reihe von ihm gemachter Verbesserungsvorschläge hinweist, vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag, 12 Uhr mittags (außerdem Anfragen und die Interpellation kleiner Vorlagen).

Schluß 7 Uhr.

Preußische Landesversammlung.

173. Sitzung. Donnerstag, 4. November, 2 Uhr nachmittags.

WTB. Die zweite Beratung der Verfassung wird fortgesetzt. Der Abschnitt Staatsrat wird mit dem zurückgestellten Paragraphen der früheren Abschnitte nach den Ausschuß-Beschlüssen angenommen.

Es folgt der Abschnitt Staatsministerium.

§ 27 billigt dem Minister den Anspruch auf Besoldung zu, aber nicht auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung, das nähere soll durch Gesetz geregelt werden.

Abg. Heilmann (Soz.) beantragt Streichung dieses Paragraphen dem von Kries (D. N.) widerspricht. Ein Antrag Dr. Leidig (D. N.) wird angenommen. Ueber Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung der Minister bestimmt ein Reichsgesetz.

§ 32 (Ernennung der Staatsbeamten durch das Staatsministerium) und § 34 (Begnadigungsrecht des Staatsministeriums im Namen des Volkes) werden in der Ausschußfassung angenommen, ebenso ohne Erörterung der Abschnitt die Gesetzgebung.

Beim Abschnitt Finanzwesen wendet sich Abg. Weißermel (D. N.) gegen eine Bestimmung, wonach das Finanzwesen der Betriebswirtschaftlichen Unternehmungen des Staates durch Gesetz besonders geregelt kann, so daß dadurch das Kontrollrecht des Landtages eingeschränkt würde.

Es bleibt in allen Punkten bei den Ausschußvorschlägen, insbesondere auch bei der Streichung der ursprünglichen Vorschriften wonach zur Mitwirkung bei Gesetzen finanzieller Bedeutung ein Finanzrat gebildet werden soll. Beim Abschnitt Selbstverwaltung erklärt Dr. von Kries (D. N.), seine Partei wünsche nicht, daß die Provinzen zugleich als ausführende Organisationen des Staates gemäß Paragraph 58 ihnen übertragene staatliche Angelegenheiten erledigen. Eine zu weitgehende Autonomie der Provinzen könnte für das Staatsganze sehr böse Folgen haben. Redner wendet sich sodann gegen den Abg. Lauscher, dessen zu weitgehenden Dispositionen auf die Zerstörung und Ausdehnung Preußens hinauslaufe.

Abg. Dr. Preuß (Dem.) hält die Dezentralisation Preußens im Reichsinteresse für durchaus erforderlich, die Hegemonie Preußens lasse sich nicht wieder herstellen. — Die Kompetenz von Staat und Provinz bedürfe allerdings noch der Abgrenzung, das müßte aber der künftigen Gesetzgebung vorbehalten bleiben. Er denke nicht so schlecht von den Provinzen, daß er ihnen die Verhängung einer englischen Hungerblockade gegen andere Landesteile zutraue. Im übrigen müßte die zentrale Reichsgewalt so gestärkt werden, daß sie einen solchen groben Unfug verhindern könne.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Fortsetzung. Schluß 6½ Uhr.

Deutsches Reich.

Vor den Werftgewerken in Berlin kam es am Donnerstag vormittag zu schweren Zusammenstößen zwischen Ausständigen und Arbeitswilligen, die Notstandsarbeiten verrichten wollten. Mehrere Arbeiter wurden verprügelt, andere verschafften sich Eingang in die Fabrik unter dem Vorwand, arbeiten zu wollen und holten verschiedene Heizer zum Teil mit Gewalt von ihrer Arbeitsstätte heraus.

In der chilenischen Gesandtschaft in Berlin wurden von Einbrechern mehrere echte Teppiche im Werte von etwa 200 000 Mark gestohlen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Zu den Maßnahmen gegen die Hotel-Aktien-Gesellschaft. Die polizeilichen Maßnahmen gegen die Betriebe der Hotel-Aktien-Gesellschaft, Berlin, sind in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß große Verschlungen gegen die Zwangswirtschaft in Fleisch begangen worden sind, die bereits seit dem 1. Oktober aufgehoben ist. Wie die Blätter weiter berichten, sind auch 18 Zentner Auslandszucker beschlagnahmt worden, bei dem es sich jedoch um ein ordnungsmäßiges mit dem Reiche bestehendes Geschäft handeln soll. Die Zentralorganisation der deutschen Hoteliers in Düsseldorf hat ihren Vorstand nach Berlin entsandt, der morgen eine Protestation bei den zuständigen Reichsbehörden vornehmen wird.

Auslands-Rundschau.

Ein englischer Kreuzer gesunken. Dem „Telegraaf" zufolge meldet die britische Admiralität, daß der englische Kreuzer „Stonehange" bei Kara Burun am Eingange des Golfs von Smyrna gesunken ist.

Die Versammlung des Internationalen landwirtschaftlichen Instituts wurde in Gegenwart des Königs, des Grafen Sforza und anderer Minister feierlich eröffnet. Ueber 50 Länder, darunter Deutschland, Bulgarien, Ungarn und die neuen Staaten waren vertreten.

Die verurteilten Alandvertreter legen Berufung ein. Wie aus Kopenhagen gedrahtet wird, haben die im September vom höchsten finnischen Gerichtshof in Abo wegen Hochverrats zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilten Alandvertreter Björkman und Sundblom gegen das Urteil Berufung eingelegt. Sie weisen darauf hin, daß die Alandfrage ein internationales Problem sei und nicht der finnischen Gerichtsbarkeit unterstehe, und verlangen deshalb die Aufhebung des Urteils.

Mille-Millionen.

Von

Karl Lütge.

(Nachdruck verboten.)

Diese Geschichte ist nicht von heute und gestern. Auch nicht von vorgestern. Sie ist noch von viel früher. Sie ist auch nicht ohne. Aber nichtsdestoweniger ist sie von vorn bis hinten wahr. Selbst dann noch, wenn ich bei dieser Geschichte von hinten anfange. Das empfiehlt sich nämlich.

Heute spekuliert bekanntlich alles. Wenigstens war es bis in diese Tage hinein so. Also spekulierte Herr Schulze, ein reicher Rentner (und ein sich erbärmlich langweilender, sonst sehr friedfertiger Bürger) ebenfalls. Erst gewann er. Dann verlor er. Wie das eben so geht. Nun hat er nichts mehr. Und ist arm wie vor zwanzig Jahren.

Damals war er sehr schnell reich geworden. Erst heiratete er reich. Dann erbte er. Und dann beging er eine Riesenselei. Und die Riesenselei war es, die ihn zum schwerreichen Manne machte.

Er hatte durch die Erbschaft viel Geld. Wenigstens was man damals so viel Geld nannte. Von Beruf war er Buchhalter in einer Schnapsfabrik. Das wollte er nun, wo er das Geld besaß, nicht mehr sein. Darum kaufte er sich ein Zigarrengeschäft. Und wurde selbständiger Kaufmann. Das gefiel ihm. Er verdiente, das Geschäft ging.

Da kam eines Tages ein Reisender und bot eine tadellose Zigarre an. Es war der erste Reisende, den Herr Schulze zu Worte kommen ließ. Alle andern hatte er hinausgeworfen, weil er noch Vorrat vom Vorgänger hatte.

Herrn Schulze gefiel die Zigarre. Der Preis war annehmbar. Er sagte in seiner neuerdings sich angeeigneten barschen Herrenweisheit:

„Gefällt mir! Bestelle ich! — Schreiben Sie auf."

„Bitte sehr .... Wieviel Herr Schulze? .... Zehn Mille vielleicht? Das Zigarrchen geht, Herr Schulze, Sie bereuen es nicht!"

„Zehn — Unsinn! Sechs Millionen!"

„Mille ....."

„Millionen! Sechs Millionen!"

„Aber ....."

„Wollen Sie den Auftrag oder nicht?"

„Gewiß, gern .... Aber bitte, wir unterschreiben wohl eine Bestätigung. Wissen Sie — für die Fabrik ..."

Das erfolgte. Die Bescheinigung lautete, daß Herr Schulze zur baldigen Lieferung sechs Millionen Zigarren bestellte. Und das Geschäft war gemacht.

Die Zigarren ließen lange auf sich warten. Nach der zweiten Woche telegraphierte Herr Schulze: „Wo bleiben best lte Zigarren." Die Antwort kam: „Eine Waggon Teilsendung unterwegs."

„Waggon ist gut", dachte Herr Schulze und lachte über die witzige Zigarrenfabrik. Aber als die Rollwagen verschiedene Male kamen und Riesenkiste auf Riesenkiste ins Haus brachten, da lachte er nicht mehr. Da telegraphierte er nach der Fabrik, was das heute. Die Antwort lautete:

„Bestellter Teil der sechs Millionen Zigarren!"

Und Kiste auf Kiste, Wagen auf Wagen, Lore auf Lore kam. Die Fabrik arbeitete Tag und Nacht. Bis nach einigen Wochen die sechsmillionste Zigarre abgeschickt war.

Herr Schulze war völlig gebrochen. Alle Gerichte hatten ihn abgewiesen. Man hatte nur überall mit dig gelächelt. „Schuster bleib' bei deinem Leisten", hatte sogar mal einer halblaut gesagt. Und daß der Fachausdruck für Zigarrenmengen Mille heißt und zehn Hunderttausen sind, wurde ihm mehr als einmal erklärt.

Die Riesenselei wurde bald Stadtgespräch. Ein guter mitleidiger Freund kam endlich zu Schulze.

„Du, ich helfe Dir! Aber Du mußt mir fünf Prozent vom Verdienst geben! Wir verkaufen die Zigarren glänzend!"

Schulze ging darauf ein. Bereits in nächster Woche prangte sein Name über sechzehn Zweiggeschäften in der Stadt. Ueberall wurden die berüchtigten Mille-Millionen-Zigarren verkauft. Sie wurden riesig gekauft. Es gab lange Menschenschlangen vor den Geschäften an den Sonnabenden. Also nicht erst im Kriege kam das Anstellen auf. Auch bei der Mille-Millionen-Zigarre gab es das.

Die sechs Millionen Zigarren waren nach einem Jahre umgesetzt.

Als es geschehen war, setzte sich Herr Schulze zur Ruhe, setzte sich der gute Freund, der die fünf Prozent bekommen hatte, zur Ruhe und der Reisende, der die sechs Millionen Zigarren verkauft hatte — laß schon zur Ruhe.

Alles wäre nun schön gewesen, wenn Herr Schulze es an dieser einen Riesenselei hätte genug sein lassen. Aber da ritt ihn der Teufel und ließ ihn mit seinem Geld spekulieren. Und er warf ihn dabei ab.

Das kommt davon. Man soll nie mehr essen, als man vertragen kann. Und man hat nicht immer Dusel, wenn man sich in Dinge drängelt, die man nicht versteht.

Wie man Perser-Teppiche fälscht.

Der feine Geschmack, der vollendete Farbensinn und die unerschöpfliche Phantasie des orientalischen Kunsthandwerkers zeigen sich vielleicht nirgends in so hellem Licht, wie bei der Herstellung der persischen und türkischen Teppiche. Besonders die Stücke aus dem Mittelalter sind zumeist wahre Kunstwerke, in der Komposition wie in den Einzelheiten gleich vollendet und oft mit reichem Figurenschmuck versehen; denn der persische Meister nahm es mit dem Gebot des Islam, das die figürliche Darstellung lebender Wesen verbietet, nicht so genau. Prachtstücke, wie der berühmte Jagdteppich des verstorbenen Kaisers Franz Joseph von Oesterreich, kommen freilich in der Regel nicht auf den Markt, aber gerade heute werden häufig Teppiche ersten Ranges feilgeboten. Die Leidenschaft für orientalische Teppiche war schon während des letzten Jahrzehnts vor dem Kriege stark gestiegen; selbst heute, da die Preise für schöne antike Stücke infolge der Geldentwertung eine schwindelnde Höhe erreicht haben, ist der Kauf eines solchen persischen Teppichs keineswegs eine schlechte Kapitalsanlage; denn mit seinem Alter nimmt auch seine Schönheit und sein Wert ständig zu. Dies gilt freilich nur von den echten Teppichen, die aus der feinsten Wolle gewebt sind und mit den seit Jahrhunderten erprobten Farben behandelt wurden. Die nachgeahmten Perserteppiche fallen dagegen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201105011/fragment/page=0002

Halle und Umgebung.

Halle, den 5. November 1920.

Aufhebung der Bewirtschaftung von kalz. Soda, Kristall-Soda, Aetznatron, Aetzkali und Pottasche.

Amtlich wird gemeldet:

Die Aufhebung der Bewirtschaftung vorstehend angeführter Stoffe mit Wirkung ab 1. November ist am 30. Oktober 1920 vom Reichswirtschaftsministerium verfügt worden. Die diesbezügliche Bekanntmachung erscheint im Reichsanzeiger.

Die Zentralstelle für Aetzkalien und Soda sowie die ihr unterstehenden Verteilungsstellen haben infolgedessen am 30. Oktober d. J. ihre Tätigkeit eingestellt. Die Verbraucher müssen sich künftighin unmittelbar an die in Frage kommenden Erzeuger und Händler wenden. Soweit für die Periode November-Dezember bereits Bezugsscheine ausgestellt sind, werden diese den Lieferern nach Möglichkeit als Unterlage für die Weiterfrist dienen. Die Abwicklungsstelle der aufgelösten Zentralstelle ist auf Wunsch bereit, in Einzelfällen, wo der Bezug von Ware Schwierigkeiten machen sollte, zu vermitteln. Das Sodafundikat wird bestrebt sein, die lebenswichtigen Betriebe bevorzugt zu beliefern. Auch der Handel hat sich in gleicher Weise verpflichtet.

Bezüglich der Ein- und Ausfuhr bleibt es bei der bisherigen Regelung. Aus- und Einfuhr der genannten Stoffe kann nur erfolgen auf Grund eines Erlaubnisscheines der Außenhandelsstelle Chemie, Berlin W. 9, Potsdamerstr. 9. Für Soda und Aetznatron wird eine Ausfuhrerlaubnis vorderhand grundsätzlich nicht erteilt werden.

Es wird darauf hingewiesen, daß die in Frage kommenden Stoffe nach wie vor Gegenstände des täglichen Bedarfs bleiben und insbesondere den Verordnungen über Schleichhandel und Preistreiberei vom 8. Mai 1918 sowie 27. November 1919 unterliegen, welche gegen Kettenhandel, wucherische Preisbildung, Verschiebung ins Ausland usw. empfindliche Strafen androhen.

Vortrag über Kleingartenbau.

Herr Prof. Abderhalden schreibt:

Der Gartenbauverein in Halle hat sich entschlossen, in Verbindung mit einer Reihe von Vereinen (Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft) eine Reihe von Vorträgen zu veranstalten, in denen praktisch durchgebildete Redner die Pächter vom kleinen Land anregen werden, das Land in möglichst nutzbringender Weise zu verwerten. Es ist eine hocherfreuliche Tatsache, daß in Halle eine so außerordentlich hohe Zahl von Kleinpächtern vorhanden ist. Es genügt aber nicht, ein Stück Land zu pachten, man muß auch wissen, wie man es zweckmäßig verwertet.

Am kommenden Mittwoch, den 10. November, abends 8 Uhr, werden im Vereinshaus St. Nikolaus (großer Saal), Nicolaistraße, die Herren Gartendirektor Werkling und Garteninspektor Dertel (Botanischer Garten) sprechen. Der erstere: „Ueber die Gestaltung von Haus- und Kleingärten", und der letztere: „Ueber Bodenbearbeitung und Bodenverbesserung und Fruchtfolge."

Im Anschluß an die Vorträge findet eine Aussprache statt, in der von berufener Seite Fragen, die mit dem Kleingartenbau in Zusammenhang stehen, beantwortet werden.

Am 15. Dezember wird zu der gleichen Stunde und am gleichen Ort Herr Obergärtner Heimann, Prov. Obstgarten Diemitz über: „Was habe ich bei der Neuanlage von Obstgärten zu beachten", sprechen.

Für jeden Vortragsabend wird eine Gebühr von 1 Mk. erhoben. Es ist dringend zu wünschen, daß diese Vorträge gut besucht werden. Es ist beabsichtigt, sie nach Neujahr fortzusetzen.

•

Ackerverpachtung durch den Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Die Pacht ist jetzt für sämtliche vom Bund an Kleinpächter verpachtete Aecker festgesetzt. Eine Ausnahme macht der Acker am Grünen Weg, bei dem noch zweifelhaft ist, ob ihn der Bund wiedererhält. Die sämtlichen Kleinpächter werden aufgefordert, die Pacht auf der Geschäftsstelle des Bundes, Magdeburger Str. 21, zu bezahlen. Auch diejenigen haben sich einzufinden, die vor der beschlossenen Pachterhöhung die Pacht bezahlt haben. Säumige laufen Gefahr, ihr Land zu verlieren. Die Zahl der Landsuchenden ist außergewöhnlich groß.

E. Abderhalden.

Schwurgericht.

In der am 8. November beginnenden Schwurgerichtsperiode kommen zur Verhandlung:

1. Am 8. November gegen den Gemüsehändler Otto Bettzieche wegen schwerer Urkundenfälschung. 2. Am 9. November gegen die Wirtschafterin Meta Hundt wegen Meineids. 3. Am 9. November gegen den Bahnarbeiter Emil Sachse wegen Raubes. 4. Am 10. November gegen den Hüttenarbeiter Josef Pacholski wegen Besitzes fremder Gegenstände, versuchten Mordes. 5. Am 11. November gegen a) den Arbeiter Heinrich v. Wiedowski, b) den Arbeiter Hermann Reinhardt, c) den Arbeiter Franz Mohr wegen Mordes. 6. Am 12. November gegen den Monteurlehrling Karl Heinemann wegen Meineids. 7. Am 13. November gegen a) den Bergmann Wilhelm Stolle, b) den Arbeiter Bernhard Müller wegen versuchten Mordes usw. 8. Am 15. November gegen die verehelichte Klara Kehlenbeck geb. Baum wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges.

---

früher oder später der Zerstörung anheim. Es ist nun leider für den Teppichliebhaber, zumal, wenn er kein Fachmann ist, sehr schwer, den Unterschied zwischen echten und falschen Stücken zu erkennen. Der Wert eines orientalischen Teppichs liegt in der Anzahl von Knoten, die auf jeden Quadratzoll kommen, in der Feinheit des Materials, in Farbenreichtum, in den Einzelheiten des Musters und schließlich im Alter. Wenn man einen antiken Teppich in der Richtung des Strichs betrachtet, erscheint er stets hell und glänzend; gegen den Strich gesehen, wirkt er jedoch dunkel; seine Farben sind dann tief, jedoch ohne Glanz.

In Persien und in Konstantinopel sind nun freilich viele Fälscher an der Arbeit, die den modernen Teppichen das Aussehen von alten zu geben suchen. Sie arbeiten dabei mit chemischen Substanzen, unter deren Einwirkung die Farben blasser und feiner werden. Um den Teppichen Glanz zu verleihen, zieht man sie durch heiße Walzen. Bisweilen werden sie auch für einige Zeit in die Erde verdrab n, und wenn das Muster des Teppichs durch diese Behandlung allzusehr gelitten hat, hilft man mit Aquarellfarben nach. Es gibt indessen einige Besonderheiten des antiken Teppichs, die sich auch mit den gewagtesten Methoden nicht nachahmen lassen. Vor allen Dingen ist das ganze Muster eines solchen echten Stückes in jedem einzelnen Detail auf der Rückseite zu erkennen. Die Wolle muß durchweg von der gleichen Farbe sein, und sie darf nur an den Knoten etwas dunkler erscheinen; denn die modernen Anilinfarben pflegen, sobald sie verblaßt sind, in verschiedene Farben überzugehen.

Ein gutes Mittel, um die Echtheit eines Teppichs zu prüfen, ist das folgende: Man brennt die Wolle leicht an, sobald ein kleiner schwarzer Fleck entsteht; ist die Wolle des Teppichs solide, so läßt sich der Fleck wegbürsten, ohne daß die geringste Spur von ihm zurückbleibt. Wenn man einen alten Teppich in der Mitte hochzieht, sodaß er die Form einer Pyramide annimmt, steht er von selbst, wie ein Stück dünner Seide. Ist das Gewebe dagegen nicht so fest, dann fällt er wieder zusammen. Man sieht schon aus diesen wenigen Angaben, daß der Kauf eines orientalischen Teppichs mindestens die gleiche Sorgfalt erfordert, wie der eines edlen Pferdes.

Deutscher Lehrerverein. Am 2. November sprach Herr Prof. Guntel über: „Die Religion der Propheten". In einem Querschnitte verlebendigte er den Geist dieser bedeutendsten Persönlichkeiten des Orients, die nicht Lehrer, sondern ekstatische Zukunftsverkünder (Expressionisten) sind, erfüllt von überwallender Begeisterung und ehrfurchtigem Gottesschauder. Beide Richtungen — Heils- wie Unheilspropheten — verkündigen Jahvas Weltherrschaft. Ihre Hauptbedeutung liegt in einer bis dahin unerhörten Vervorhebung des Sittlichen, und aus diesem Grunde bekämpfen sie auch mit furchtbarer Entschlossenheit den Kultus. Sie begründen die Weiterinheit des Monotheismus. Die Gewißheit vom Welliefige der Religion nach langem Leiden verkörpert sich ihnen schließlich in der Gestalt des sterbenden und auferstehenden Gottesknechtes. — Anschließend legte Herr Wessel die schwierige wirtschaftliche Lage dar, in welche die Lehrerschaft durch die verzögerte Besoldungsreform kommt, und weist auf die Gefahr hin, daß auch diesmal die als berechtigt anerkannten Forderungen der Lehrer nicht erfüllt werden. Notwendig sei eine geschlossene Front, ein Zusammengehen mit den großen Beamtenverbänden; auch die Frage der Anwendung des Streikrechtes sei zu klären. In der Besprechung wurde die Notwendigkeit der Gewerkschaftsbildung, des Eintrittes der Lehrer in die Parteien und in die großen Beamtenorganisationen betont.

Provinzial-Nachrichten.

Brauanlage von einer bewaffneten Bande überfallen

W. Blankenburg, 4. November. Wie das „Blankenburger Kreisblatt" berichtet, wurde in der vergangenen Nacht zwischen 1 und 2 Uhr Brauanlage im Harz von einer bewaffneten Bande in Stärke von 20 bis 30 Mann überfallen. Die Banditen hatten sich die Gesichter geschwärzt. Zunächst wurde zum Bahnhofsvorsteher gezogen, der mit vorgehaltenem Revolver gezwungen wurde, die Kasse herauszugeben. Dann wurde nach dem Postamt gezogen, der unterwegs angetroffene Nachtwächter wurde gezwungen, mitzugehen. Auf dem Postamt konnte der Raub nicht zur Ausführung gebracht werden, und die Banditen begaben sich nach der Staatsbank. Aber auch hier blieb es bei dem Versuch, weil inzwischen das Lichtwerk die Straßenbeleuchtung eingeschaltet hatte und die Feuerwehr den Ort alarmierte. In dem nun entstehenden Menschenzusammenstrom sind leider die Banditen unerkannt entkommen. Der Ueberfall war planmäßig vorbereitet worden, indem sämtliche Telephonleitungen abgeschnitten worden worden waren.

@ Wittenberg, 4. Nov. (Mißglückter Raubüberfall.) Als am Abend in den Reichs-Stickstoffwerken von einem Lohnbuchhalter eine Anzahl Arbeiter entlohnt werden sollten, gesellten sich zu dem Buchhalter und seinen beiden Gehilfen vier Männer, welchen sie Pfeffer in die Augen warfen und den Buchhalter mit einem Revolver bedrohten. Sie forderten mit verstellter Stimme die Kasse. Da diese aber nicht sofort herausgegeben wurde und eine größere Anzahl Arbeiter in der Nähe beschäftigt waren, ließen die Räuber von ihrem Vorhaben ab und entkamen in der Dunkelheit.

Ohne Oberschlesien keine Kohlen!

Zeichnet Grenzspende!

Stahlhurt, 3. Nov. (Erneute Erdbewegungen.) An den Abenden der letzten Tage der Vorwoche haben sich wieder einmal starke Erdbewegungen bemerkbar gemacht, insbesondere war dies in Stassfurt in der Umgebung der Johanniskirche und Schulstraße der Fall. Ein sehr starker Stoß wurde am Freitag abend wahrgenommen. Die Erdbewegung machte sich weiterhin erkennbar an den frischen Rissen der Gebäude und an den Rohrbrüchen.

× **Zerbst, 4. Nov. (Torfmoornutzung.)** Die Stadt Zerbst hat den Abstich der Torfmoorlager auf ihren Besitzungen im Natzbruch begonnen und kann der Bevölkerung bereits etwa 6000 Zentner Brenntorf zu möglichem Preise zur Verfügung stellen. Man glaubt, die Förderung im nächsten Jahre auf 50—60 000 Zentner steigern zu können. Das ist gleich wertvoll für den Stadtäckel wie für die brennstoffbegehrende Einwohnerschaft.

n. **Weißenfels, 4. Nov. (Die Stadtverordneten)** setzten das Schulgeld für höhere Schüler auf 500 Mk. fest. — Zur Steuerung der hier herrschenden Wohnungsnot (es sind etwa 1200 Wohnungsuchende vorhanden) wurde die Aufnahme einer 1-Millionen-Anleihe genehmigt. — Den städtischen Musikern wurde eine Anschaffungsbeihilfe von 15 000 Mk. bewilligt. — 225 000 Mk. wurden ausgesetzt, um die Kartoffelversorgung sicherzustellen. — Stadtverordnetenvorsteher Junghans legte sein Amt nieder, weil seine (die rechte) Gruppe jetzt die schwächere der beiden U.S.P.-Fraktionen im Kollegium sei.

Dederstedt, 3. Nov. (Räuberbande.) In der Sonntagnacht drangen mehrere maskierte Räuber in das Mühlengrundstück des Kaufmanns Traugott Olze, lockten den dort schlafenden Arbeiter heraus, setzten ihm die Gewehre auf die Brust und verlangten die Aufschließung der Gänse- und Hühnerställe, sowie die Abteilung der scharfen Selbstschüsse, die zur Sicherung des Grundstücks dort angebracht waren. Als sie ihre Säcke gefüllt, gingen sie mit der Beute davon.

Gotha, 3. Nov. (Ausschreitungen im Stadtparlament.) Die Stadtverordnetensitzung war der Schauplatz wüstesten Terrors. Die Kriegshinterbliebenen und Kriegsverletzten, für die erst vor kurzem 278 000 Mk. in baren Unterstützungsgeldern aus städtischen Mitteln bewilligt waren und für die die Stadt 150 000 Mk. für verbilligte Brennmaterial ausgeworfen hat und einen noch nicht festgestellten, ebenfalls nach Tausenden zählenden Betrag für verbilligte Kartoffeln gibt, hatten eine neue Forderung an baren Unterstützungen in Höhe von 75 000 Mk. eingebracht. Da die Rechtsparteien diesen Antrag ablehnten, entstand im Zuhörerraum unter den zahlreich erschienenen Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen großer Tumult. Verwünschungen und Beschimpfungen schlimmster Art wurden gegen die Mitglieder der Rechtsparteien ausgestoßen, so daß diese Miene machten, den Saal zu verlassen. Nun steigerte sich der Tumult noch mehr und Rufe, die ein Verschließen der Türen und somit ein Festhalten der Mitglieder der Rechtsparteien im Saale forderten, wurden laut. Da sich der Lärm bis ins Unerträgliche steigerte und alle Ermahnungen des Vorsitzenden nichts fruchteten, wurde die Sitzung durch den Vorsteher Erhöfer (U. S. P., rechter Flügel) abgebrochen.

Hochschulnachrichten.

Der bisherige a. o. Professor an der Berliner Universität und der nunmehrige hauptamtliche Dozent an der Handelshochschule zu Nürnberg Dr. oec. publ. Adolf Günther ist zum Honorarprofessor für Staatswissenschaften an der Universität Erlangen ernannt worden. — Dem Präsidenten Julius von Jeble, bisher Ministerialrat tit. Regierungsdirektor im württemb. Ministerium des Kirchen- und Schulwesens, der zum Vorstand der württemb. Zentralstelle für Gewerbe und Handel ernannt wurde, ist zugleich die Stelle des Vorstands der Ministerialabteilung für die Hochschulen übertragen worden. — Dr. jur. Gerhard Lassar, Assistent bei der juristischen Fakultät der Berliner Universität, erhielt ebenda die Zulassung als Privatdozent für Staats-Verwaltungs- und Finanzrecht auf Grund der Habilitationsschrift „Der Anspruch auf Rückerstattung öffentlicher Leistungen nach preußischem und Reichsrecht".

Vermischtes.

Ein diebischer Betriebsrat und Gemeindeschöffe. Einem Geschäft in der Schmidtstraße zu Berlin wurden 500 Stöcke angeboten von einer Firma, die sich als Fabrik bezeichnete. Der Käufer leistete eine Anzahlung, der Rest sollte später abgeholt werden. Bevor es dazu kam, hatte der Käufer Veranlassung, sich mit der verkaufenden Fabrik in Verbindung zu setzen, konnte sie aber nicht finden. Er schöpfte Verdacht und wandte sich an die Kriminalpolizei. Diese stellte fest, daß die Verkäufer die Fabrikfirma erdichtet hatten. Als sie das Restkaufgeld abholen wollten, wurden sie festgenommen. Jetzt ergaben die weiteren Ermittelungen, daß die Verkäufer die Arbeiter Klatt, Wilke und Ottersdorf waren, die die Stöcke aus dem Lager ihrer Arbeitgeber gestohlen hatten. Sie waren ganz dreist mit einem Wagen vor dem Lagerplatz, der von der Fabrik getrennt liegt, vorgefahren und hatten die Stöcke von dort abfahren lassen. Ottersdorf war Betriebsrat in der Stockfabrik und Gemeindeschöffe in einem Berliner Vorort.

Wer entführte die vielen Waffen? Wie die „Linzer Tagespost" meldet, sind aus dem Waffendepot der Artilleriekaserne in Steyr 10 Maschinengewehre, 400 Gewehre und 7000 scharfe Patronen entwendet und auf einem Automobil weggeführt worden. Die Staatsanwaltschaft beschäftigt sich mit dem Vorfall.

Wanda Treumann bestohlen. Die Wohnung der Berliner Filmschauspielerin Wanda Treumann am Schöneberger Stadtpark, Ecke Nymphenburger Straße, ist von Dieben heimgesucht worden. Die Einbrecher hatten gelesen, daß Frau Treumann in einem Berliner Varieté allabendlich in einem Stück zur bestimmten Zeit auftrat. Sie warteten die Abfahrt der Schauspielerin ins Theater ab, näherten sich dann dem Hause und warfen von der Straße her einen Stein durchs offene Fenster ins Zimmer hinein. Als sich nach einigen Minuten niemand zeigte, stiegen sie durchs Fenster in die im Parterre gelegene Wohnung ein. Ihnen sind Teppiche und Wertsachen im Werte von mehr als 100 000 Mark in die Hände gefallen. Die Diebe entkamen mit ihrer Beute ungesehen. Vor geraumer Zeit ist schon einmal auf ähnliche Weise bei Frau Treumann eingebrochen worden.

Die Tagore Märchenerzähler wurde. Der jetzt in London lebende indische Dichter Rabindranath Tagore und sein Landsmann, der Naturforscher Bose, besitzen interessante Studien über das animalische Leben der Pflanzen erst kürzlich berechtigtes Aufsehen erregt haben, sind seit Jahren durch innige Freundschaft verbunden. Als einmal Rabindranath Tagore an seinen Freund die Aufforderung richtete, eine Zeitlang als Gast in seinem Landhause am Padma-Fluß zu wohnen, hatte Bose die Einladung mit Dank angenommen, an die Annahme aber die Forderung geknüpft, daß Tagore während der Zeit seines Aufenthaltes täglich eine Geschichte schreibe, die er ihm als besonderes Zeichen seiner Gastfreundschaft jeden Abend vorzulesen gehalten sei. So kam es, daß einige der schönsten Geschichten Tagores das Licht der Welt erblickten.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Die Partei Däumig gerichtlich unterlegen.

DA. Berlin, 4. November. Wie die „Dena" erfährt, findet nach Mitteilung des Landgerichts I kein weiterer Termin im Rechtsstreit der beiden U. S. P.-Parteien bezüglich der Auseinandersetzung der Parteikassen und Parteibüros statt. Die neukommunistische Gruppe der Däumig und Genossen hat offenbar aus ihrer Niederlage im ersten Prozeß die Folgerung gezogen, daß die Verfechtung ihres Rechtsstandpunkts aussichtslos sei und hat dementsprechend ihren zweiten Antrag auf Zuweisung der Parteibüros und sonstigen Einrichtungen wieder zurückgezogen. Damit ist das Zentralkomitee der rechten U. S. P. D. nunmehr im unbestrittenen Besitz der Parteikassen und Parteibüros.

Ausdehnung der Heidebrände in Hannover.

DA. Hannover, 4. November. Die großen Wald- und Heidebrände in der Lüneburger Heide nehmen an Umfang zu. Heute vormittag wird wieder von Bränden berichtet, die einen Umfang von 2190 Morgen haben. Es sind große Nutzholzbestände vernichtet worden.

Verschärfung des Schifferstreiks.

Dortmund, 4. November. (Eigene Drahtnachricht.) Der Schifferstreik im Gebiet des Rhein-Herne- und Dortmund-Ems-Kanals hat jetzt zur Kündigung des gesamten Schifferpersonals seitens der Schiffseigentümer geführt. Infolgedessen dauert der Streik weiter an, doch sollen dem Vernehmen nach am 5. November Einigungsverhandlungen zur Beilegung des Streiks stattfinden.

Der Wert der deutschen Einfuhr nach England.

DA. London, 4. November. Der Präsident des Board of Trade, Sir Robert Horne, gibt bekannt, daß die deutsche Wareneinfuhr nach dem vereinigten Königreich von Großbritannien im Monat September den Wert von 17 190 790 Pfund Sterling erreicht hat.

Versenkung eines französischen Torpedobootes.

Konstantinopel, 4. November. (Eig. Drahtnachricht.) Nach einer Meldung aus Sebastopol ist es bolschewistischen Kriegsschiffen gelungen, südlich von Odessa ein französisches Torpedoboot, welches unter der Flagge des Wrangelschen Armee fuhr, zu versenken.

Polen tritt der kleinen Entente bei.

Warschau, 4. November. (Eigene Drahtnachricht.) Wie amtlich mitgeteilt wird, erklärte der Minister des Neußern, Fürch Sapieha, rumänischen Journalisten, daß Polen bereit sei, der kleinen Entente beizutreten.

Ratifizierung des ungarischen Friedensvertrages.

Budapest, 4. November. (Eigene Drahtnachricht.) Der auswärtige Ausschuß der Nationalversammlung hat die Vorlage über die Ratifizierung des Friedensvertrages von Trianon angenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201105011/fragment/page=0003

Sport der „Saale-Zeitung".

Der Kampf zwischen Turnen und Sport.

Die Erklärung des Schwimmverbandes.

In einer von Prof. Berger und Major Breithaupt unterschriebenen öffentlichen Erklärung der Deutschen Turnerschaft vom 30. Oktober 1920 wird behauptet, daß „die erste amtliche Anknüpfung durch ein Schreiben des D. S. B. vom 28. September erfolgt sei". Ich stelle demgegenüber folgendes fest:

1. Bereits im Sommer, wenige Wochen nach dem Heidelberger Verbandstag, hat unser Schriftführer, Herr Karoß, den Schwimmwart der D. T., Herrn Braun, zu einer Aussprache mit mir und den Geschäftsführer Herrn Kessler eingeladen. Diese Aussprache fand in der Wohnung des Herrn Karoß statt und verlief in den freundschaftlichsten Formen. Das war der erste Versuch des D. S. B. nach dem Heidelberger Verbandstag, sich der D. T. freundschaftlich zu nähern. Die amtliche Stellung der Beteiligten schon machte diese Besprechung zu einer amtlichen Anknüpfung. Ich erbot mich, in dieser Unterredung auf Wunsch der D. T. eine amtliche Erklärung abzugeben, daß der Heidelberger Beschluß keine Kampfansage gegen die D. T. bedeute. — 2. Herr Lamme, Kreisvorsitzender des Kreises II (Hansa und Nordsee) des D. S. B., hat auf meine Veranlassung Fühlung mit dem Oberturnwart der D. T., Herrn Kunath (Bremen), gesucht. Aehnliche Fühlungnahme ist auch in Sachsen und anderwärts genommen worden. 3. Unser Geschäftsführer, Herr Kessler (Berlin), hat mehrmals versucht, mit Prof. Berger und Major Breithaupt in Verbindung zu treten. 4. Auf alle Annäherungsversuche des D. S. B. gab die D. T. nur eine einzige, nicht mißzuverstehende Antwort: Sie organisierte das Schwimmen in ihren eigenen Reihen. — Als alle Versuche des D. S. B., sich der D. T. zu nähern, erfolglos blieben, entschloß ich mich am 28. September, dem Geschäftsführer der D. T. aus freien Stücken in Berlin schriftlich in die Hand zu geben, daß wir keinen Kampf suchten, und machte gleichzeitig Vorschläge, die mir weitere Verhandlungen möglich erscheinen ließen. Dieses Schriftstück war nicht, wie die D. T. in ihrer amtlichen Erklärung behauptet, ein Schreiben des D. S. B. an sie, sondern eine von Major Breithaupt selbst mit unterschriebene Zusammenfassung unserer von freundschaftlichstem Geiste getragenen Besprechung in Berlin. Es war auch nicht die erste amtliche Anknüpfung des D. S. B., sondern die letzte, nachdem alle früheren Annäherungsversuche gescheitert waren. — 6. Statt Gegenvorschläge zu machen, wies die D. T. meine von ihrem eigenen Geschäftsführer gebilligten Vorschläge schroff zurück. Heute wird diese Zurückweisung von ihr lediglich als Fehler der Geschäftsstelle und als nicht im Sinne des Vorstandes liegend gedeutet. Ich fragte die D. T.: Warum hat sie diesen „Fehler ihrer Geschäftsstelle" nicht durch ein Schreiben des Vorstandes richtiggestellt?

Bis die Deutsche Turnerschaft diese Punkte einwandfrei widerlegt hat, halte ich an der Behauptung fest: Im Gegensatz zu ihrer amtlichen Erklärung vom 30. Oktober 1920 ist die Leitung der D. T. zu Verhandlungen mit dem D. S. B. nicht „sehr gern bereit gewesen". — Sie ist im Gegenteil jedem Annäherungsversuch des Schwimmverbandes geflissentlich ausgewichen und hat trotzdem trotz der mehrmals gegebenen Versicherung, daß die Beschlüsse des Heidelberger Verbandstages weitere Verhandlungen nicht ausschließen, nicht einen einzigen Annäherungsversuch gemacht. — Mainkur, den 1. November 1920. Dr. Geisow, Vors. des Deutschen Schwimmverbandes. E. Karoß, Schriftführer.

Nachdem wir nun noch den Schwimmern das Wort gegeben haben, kann sich die Oeffentlichkeit ein Bild über die derzeitigen Bestrebungen der Verbände machen. Sollte es aber nicht doch noch möglich sein, eine Einigung zu erzielen? Wenn jede Partei nachgibt, müßte eine Zusammenarbeit doch zu erreichen sein. Und sie muß erreicht werden zum Vorteil der gesamten Sportbewegung.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom Weltpostkongreß in Madrid.

Die Beratungen in den Kommissionen des Postkongresses sind in vollem Gange. Es liegen auch schon einige Kommissionsbeschlüsse vor, die natürlich noch der späteren Bestätigung durch die Vollversammlung des Kongresses bedürfen, aber doch bereits erkennen lassen, nach welcher Richtung sich die Anschauungen des Kongresses bewegen. Als Grundlage für den künftigen Vereinstarif und die Abrechnungen zwischen den Postverwaltungen hat die Kommission den Goldfranken angenommen. Die Gebühren für Briefsendungen sollen im allgemeinen verdoppelt, zum Teil aber noch weitergehend erhöht werden. Briefe sollen künftig 50 Ct. (statt 25 Ct.) für die ersten 20 Gr., und 25 Ct. (statt 15 Ct.) für jede folgenden 20 Gr. kosten, Postkarten 30 Ct. (statt 10 Ct.). Für Deutschland ist wichtig, daß bei Umrechnung dieser Sätze in die Landeswährungen nicht genau der Parikurs angewendet zu werden braucht, so daß die deutschen Briefgebühren nach dem Ausland auch künftig unter Berücksichtigung der deutschen Bedürfnisse festgesetzt werden können. Nach den sonstigen Verhandlungen in den Kommissionen ist damit zu rechnen, daß der Nachnahmedienst für Briefsendungen und Pakete gleichmäßig geregelt werden wird. Die bei Drucksachen zugelassenen handschriftlichen Zusätze will der Postkongreß keinesfalls noch vermehren, er beabsichtigt im Gegenteil aus finanziellen Gründen und zur Vereinfachung des Dienstbetriebes, die zugelassenen Zusätze zu vermindern.

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte

(Mitteilungen des Bankhauses Gebr. Stern, Dortmund.)

Die außerordentlich lebhafte Geschäftstätigkeit am rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte hält an. Neue Gründe für die großen Steigerungen, soweit sie in der inneren Entwicklung der Industrien liegen, bestehen nicht, weder in der Lage der Kohlen- noch der Kaliindustrie sind in der jüngsten Zeit Veränderungen eingetreten. In der Kaliindustrie ist der Absatz sogar gegenwärtig außerordentlich gering, da der Käuferstreik im Inlande anhält und die Verhandlungen mit dem Auslande, insbesondere mit Amerika, zu keinem Ergebnis geführt haben. Eine starke Anregung schöpft aber der Markt aus dem andauernd bestehenden Begehr nach Kohlenscheinen und aus den Transaktionen, die in der Kaliindustrie in der Entwicklung sind.

Um Kohlenanteilscheine erreichen zu können, Lothringen-Kuxe bei großen Käufen den Stand von 300 000 Mk., das ist der höchste Kurs, den ein Kohlenkux jemals erzielt hat. Die Lothringen-Aktien wurden bis 435 Proz. bewertet, was sogar einem Preis von 325 000 Mk. für den Kux gleichkommen würde. Weiterhin sind zu erwähnen mit großen Steigerungen Constantin der Große + 18 000 Mk., Graf Bismarck + 20 000 Mk., Helene u. Amalie + 10 000 Mk., König Ludwig + 20 000 Mk., Langenbrahm + 4000 Mk. Im weiteren Verlaufe schossen sich Adler bei Kupferdreh, die zunächst unter Glattstellungen litten, aber bei Bewegung bis etwa 35 500 Mk., Blankenburg bis 17 500 Mk., Carolus-Magnus bis 25 300 Mk., Graf Schwerin bis etwa 99 000 Mark, Johann-Deimelsberg bis 33 500 Mk. an. Deshalb erreichten auf die bekannte Veröffentlichung der Essener Steinkohlenwerke einen Preis von etwa 62 000 Mk., und von linksrheinischen Unternehmungen waren namentlich Moers bis annähernd 27 000 Mark und Wilhelmine Mevissen bis 40 000 Mk. beachtet.

Am Braunkohlenmarkte blieb die Stimmung sehr fest, die Umsätze jedoch hielten sich in bescheidenen Grenzen als in den Vorwochen. Auch die Kurse der mitteldeutschen Werte zeigen keine Veränderungen, Westa liegen aber etwas schwächer. Auch Zukunft-Aktien gaben auf Glattstellungen im Kleinaktienhandel, während Deutzer Gas leicht erhöhten Preisen aus dem Markte genommen wurden.

Am Kalimarkte entwickelte sich in der zweiten Hälfte der Woche ein sehr großes Geschäft, und das verfügbare Material wurde in fast allen Werten zu stark steigenden Kursen aus dem Markte genommen. Glückauf-Sondershausen überschritten den Kurs von 93 000 Mk. und Neustaßfurt wurden bis 92 000 Mk. viel zu begehrt. Großes Interesse bestand für die Wintershall-Gruppe. Trotz der Ablehnung der Verwaltung glaubt die Unternehmung doch an eine Umwandlung der Gewerkschaft in eine Aktiengesellschaft und nahm umfangreiche Käufe in fast allen Werten der Gruppe vor. Wintershall gewannen gegen ihren vorwöchigen Kurs etwa 20 000 Mk., Alexandershall und Kaiserroda etwa 10 000 Mk., Heiligenroda etwa 6000 Mk. und mit entsprechenden Steigerungen verlassen Johannishall, Großherzog Wilhelm Ernst, Felsenfest, Hindfeld, Herta und Neurode den Markt. Mit ebenfalls sehr großen Umsätzen war die Burbach-Gruppe an dem Verkehr beteiligt und weiterhin wurden in großen Beträgen Einigkeit, Siegfried I, Waltenroda u. a. m. zu ansehenden Kursen gekauft. Die feste Stimmung übertrug sich schließlich auf sämtliche Werte des Marktes, so daß die Woche in starker Aufwärtsbewegung schließt. Auch für elsässische Werte wurden die vorwöchigen Käufe fortgesetzt, wobei Reichsland dieses Mal die größte Steigerung erzielten und über 50 000 Mk. stramm begehrt blieben. In Kaliaktien war der Verkehr zunächst schleppend. Im weiteren Verlauf, ausgehend von der Steigerung der deutschen Kaliaktien, trat aber auch hier eine rege Nachfrage ein, die zu einer allgemeinen Erhöhung des Kursstandes führte. Bevorzugt waren Adler bei Kupferdreh, Justus, Heldburg, Konnenberg, Hannoversche Kalimerke und Hallesche Kalimerke. Das Geschäft in unnotierten Aktien war etwas weniger lebhaft, indessen allgemein betrachtet noch recht erheblich.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 4. Nov. Infolge der heute etwas stärker hervortretenden Realisationsneigung erfuhren die Kurse auf einzelnen Marktgebieten an der Börse überwiegend mäßige Abschwächungen und später fanden mehrfach Schwankungen statt. Die an sich fest bleibende Grundstimmung wurde hierdurch nicht erheblich beeinträchtigt. Die führenden Montan- und Elektrowerte stellten sich vereinzelt bis 10 Prozent niedriger und von anderen Industriewerten büßten Oranienin und Kopper, Kolin, Rottweiler und Hirsch Kupfer ebenfalls etwas ein. Unverändert feste Haltung zeigten aber Pankatitan, Deutsche Waffen sowie Dynamit Nobel, die weiter anzogen. Farbwerte brödelten nach festem Beginn später vereinzelt etwas stärker ab. Von ausländischen Werten waren Petroleumwerte erneut recht fest. Kolonialpapiere waren bei stillem Verkehr ruhig, Baltimore steigend und auch Mexikaner weiter fest. Dies hing in der Hauptsache mit der erneuten Festigkeit am Devisenmarkt zusammen. Von Montanwerten befestigten sich später Gelsenkirchen. Das Geschäft blieb im allgemeinen lebhaft. In den zu Einheitskursen gehandelten Industriewerten gewann die anhaltende Kauflust feste Haltung. Der Anlagemarkt war nur wenig verändert.

Devisenkurse.

Berlin, 4. November

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Berechnung um vorstehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam Rotterdam	2410,55	2415,45	2377,6/	2382,40
Brüssel-Antwerpen	521,95	523,05	516,35	518,65
Christiania	1068,90	1071,10	1048,95	1051,05
Kopenhagen	1073,90	1076,10	1058,9.	1061,10
Stockholm	1528,45	1531,55	1510,95	1514,05
Helsingfors	175,30	175,70	176,30	176,80
Italien	284,70	285,30	282,20	282,80
London	272,70	273,30	269,70	270,30
New York	79,92	80,08	77,29 1/2	77,45 1/2
Paris	494,50	495,50	489,50	490,50
Schweiz	1239,75	1242,25	1214,75	1217,25
Spanien	1,09,90	1091,10	1068,90	1071,10
Wien (altes)	20,23	21,28	19,98	20,02
(Deutsch-Oest. abgest.)	23,84 1/2	23,9 1/2	23,97	24,03
Prag	86,40	86,60	85,65	85,85
Budapest	15,48	15,52	15,68	15,72
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 4. Nov. Im freien Produktenverkehr hat sich das Angebot für Speiseerbsen, und zwar besonders für die Viktoria- und für andere Qualitäten aus der ersten Hand vermehrt. Es besteht dafür aber nur wenig Kauflust, da der Bedarf anscheinend gedeckt ist, so daß nur für allerbeste Sorten Abschlüsse gemacht wurden. Demgegenüber hält für Futtererbsen, Ackerbohnen, Peluschken und Wicken die lebhafte Kauflust an. Oelsaaten blieben fest.

Produktenmarktpreise.

Berlin, 4. November.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg. ab Station.

	Heute	Gestern
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	290—315	290—315
„ „ kleinere	220—255	222—255
Futtererbsen	180—200	180—195
Linsen	400—480	400—480
Peluschken	175—186	175—189
Ackerbohnen	189—193	186—192
Wicken	150—175	150—175
Lupinen, blaue	80—90	80—90
„ gelbe	100—115	100—115
Seradella, alte	78—90	78—90
„ neue	100—118	100—118
Raps	510—515	510—515
Rübsen	5—10	5—10
Leinsaat	410—450	410—450
Mohn	650—720	650—720
Senfsaat	230—250	250—270
Kürbis, inländisch u. ausländisch	—	—
Trockenschnitze	80—86	80—86
Torfmelasse	70—71	70—71
Wiesenheu, lose	33—35	33—35
Kleeheu	40—44	40—44,0
Stroh, drahtgepreßt	25—27	25—27
„ gebündelt	23—25,00	23—24,00
Roggen-Langstroh	—	—
Mais, loko Hamburg, Bremen	208,00	—
„ per	202—203	203—205
Kartoffeln, sortiert	—	—
Reis, frei Kawaga, Hamburg per 1 kg	—	—
Bratöl, Vulkan per	9,00—9,50	9,40
Baumöl, 14 kalig per	1060—70	1060—1070
Salpeter, per loko	—	—
Runkelrüben	8,50—9,50	8,50—9,50
Nadkern, rote	15,50—17	15,50—17
„ gelbe und weiße	14,50—15	14,50—15

Metallnotierungen.

Berlin, 4. Nov. Preise für 100 Kilogramm Raffinadekupfer (98—99 Proz.) 2125—2175 M., Original-Hüttenweichblei 875 M., Original-Hütten-Rohzink im freien Verkehr 940—950 M., Remelted-Plattenzink 620—630 M., Original-Hütten-Aluminium (98—99 Proz.) in gekerbten Blöcken 3700—3800 M., Original-Hütten-Aluminium der Drahtwaren in Walzdraht 3800—3950 M., Zinn (Banca, Straits, Billiton) 7300—7400 M., Hüttenzinn (mindestens 99 Proz.) 7100—7300 M., Reinnickel (98—99 Proz.) 4800 bis 5000 M., Antimon (Regulus) 1000 M., Silber in Barren ca. 900 fein für 1 Kilogramm 1450—1490 M., Elektrolytkupfer 2694 M.

Ermäßigung der Drahtpreise. Seitens der Vereinigung der Draht- und Drahtstift-Großhändler Deutschlands e. V., Berlin N. 8, Friedrichstraße 71, sind, wie wir erfahren, die Handelspreise für Draht und Drahtstifte ermäßigt worden. Nähere Auskunft erteilt die Vereinigung der Draht- und Drahtstift-Großhändler Deutschlands e. V., Berlin W. 8, Friedrichstraße 71.

Thüringer Elektrizitäts- und Gaswerk, Akt.-Ges., in Apolda. Nach dem Rechenschaftsbericht für 1919/20 erzielte das Unternehmen einen Rohgewinn von 4 251 435 (i. V. 1 394 866) Mk. Bei Unkosten von 3 457 921 (1 024 495) Mk. und nach Abschreibungen von 365 000 (131 841) Mk. verbleibt ein Reingewinn von 231 546 (171 239) Mk., aus dem bekanntlich eine Dividende von 6 (i. V. 5 1/2) Proz. verteilt werden soll bei einem Vorvortrag von 44 702 (25 706) Mk. Die Generalversammlung soll, wie erinnerlich, auch über die Erhöhung des Kapitals um 1,1 auf 3,5 Mill. Mk. Beschluß fassen. — In der Bilanz stehen zu Buch Gläubiger mit 1,28 (i. V. 0,70), Außenstände mit 0,77 (0,25), Waren und Materialien mit 1,01 (0,24) und Wertpapiere und Beteiligungen mit 1,41 (1,38) Mill. Mk.

Ein neuer Zusammenschluß in der Brauindustrie. Unter Mitwirkung der Bank für Brauindustrie hat die zum Konzern der Deutschen Bierbrauerei und der Deutschen Braubank gehörende Brauerei zum Feldschlößchen, A.-G., in Dresden mit der seit 1872 bestehenden Hofbräuhaus-Aktienbierbrauerei und Malzfabrik in Dresden-Cotta die Vereinbarung getroffen, daß der Hofbräuhausbetrieb mit von der Feldschlößchen-Brauerei übernommen wird. Vom laufenden Geschäftsjahr ab erhalten die Hofbräu-Aktionäre eine garantierte Verzinsung von jährlich 10 Proz. auf ihre Vorzugsaktien, Serie I, und von 5 Proz. auf dergleichen Vorzugsaktien, Serie II, während für die das am 30. September abgelaufene Geschäftsjahr leer ausgehen. Innerhalb der nächsten 15 Jahre sollen außerdem die Vorzugsaktien, Serie I mit 280 Proz. und Serie II mit 140 Proz., zur Einlösung gebracht werden.

Holzstoff- und Holzpappenfabrik Limmritz-Steina in Steina i. S. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 25 Proz. fest. Die Frage einer Kapitalserhöhung wird, wie die Verwaltung auf Anfrage mitteilte, erst spruchreif, wenn der Voranschlag für die geplanten Umbauten, für welche die neuen Mittel bestimmt sind, fertiggestellt ist.

Berliner Börse

vom 4. November 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:		Chem. Griesheim	391,00
4 1/2 % Dtsch. Schatzsch. VI—IX	72,75	Chem. Heyden	550,00
5 % Dtsch. Reichsanl.	77,50	Consolidation Schalk	735,00
3 1/2 % „ „	67,10	Cröllwitzer Papierfbk	319,00
3 1/2 % „ „	68,50	Daimler Motoren	249,00
3 1/2 % „ „	67,50	Deutsche Luxemburg	400,00
6 % Preuß. Konsols	61,50	Deutsche Treuhandgesellschaft	1185,00
3 1/2 % „ „	50,75	Deutsche Erdöl	198,00
3 % „ „	50,00	Deutsche Gasglühl.	—
4 % Chart. Stadtanl. 89/99	99,60	Deutsche Kali	—
6 % Magdb. Stadtanl. 91/99	—	Deutsche Waffen und Mun.	473,00
6 % Sächs. Neulandsch. Pfdbl	100,75	Donnersmarckhütte	489,75
6 % Preuß. Centr. Bod. Pfdbl	98,60	Döring & Lehrmann	203,00
6 % Preuß. Hyp. Bk. Pfdbl. 1911	96,50	Dürrkoppwerk	850,00
4 1/2 % Dess. Gas Oblig.	—	Engelhardt-Brauerei	483,00
4 % Dessauer Gas Obl.	91,75	Elberfelder Farben	470,00
Ausländ. Werte:		Felten & Guilleume	250,00
4 % Oesterr. Kronenrente	21,75	Gesmotoren Deutz	687,00
4 % Ungar. Goldrente	57,50	Gebhard & Co.	103,00
4 % Ungar. Kronenrente	24,00	Gebhard & König	394,50
Eisenbahn-Aktien:		Gelsenkirchen Berg.	615,00
Halberst.-Blankenb.	74,00	Glauziger-Zuckerfbk	750,00
Halle-Hettstedter	69,75	Hallesche Maschfbk.	488,00
Schantungbahn	621,00	Hann. Masch.	445,00
Allg. Lokal-Str.	104,00	Harpener Berg	—
Gr. Berl. Str.	115,00	Hesper Eisen	396,00
Magdeburger Str.-B.	136,00	Hirsch Kupfer	442,00
Prinz-Heinrich-B.	498,00	Höchster Farbwerke	695,00
[illegible]		Hoesch Eisen u. Stahl	267,00
Schiffahrts-Aktien:		Hohenlohe Werke	—
Hambg. Paketfahrt	190,50	Humboldt Masch.	—
Hambg. Südamerika	274,00	Ilse Bergbau	438,00
Hansa-Dampfschiff.	321,00	Kahla Porzellan	—
Nordd. Lloyd	188,00	Kaliw. Aschersleben	500,00
Bank-Aktien:		Körbisd. Zucker-Akt.	—
Bank f. Thür.	182,50	Kyffhäuserhütte	—
Berl. Handelsges.	228,00	Lahmeyer & Co.	250,00
Commerz-Diskontobank	193,00	Lauchhammer	46,00
Darmstädter Bank	178,50	Laurahütte	389,00
Dessauische Landesbank	142,00	Linke & Hofmann	499,75
Deutsche Bank	330,00	Ludwig Loewe & Co.	4,4,00
Diskonto-Comm.	239,25	Lothringer Hütte	415,00
Dresdner Bank	222,00	Mannesmannröhren	—
Leipzig. Credit-Anst.	181,87	Masch.-Fabr. Buckau	410,00
Mitteld. Kreditbank	174,50	Oberschl. Eisenb.-Bd.	396,00
Mitteld. Privatbank	183,50	do. Cero Hag.	330,00
Nationalbank	188,00	do. Kokswerke	552,50
Oesterr. Kredit	82,50	Orenstein & Koppel	375,00
Reichsbank	151,00	Phönix Berg	603,50
Industrie-Aktien:		Rhein. Metall-Vorz.	325,00
Schultheiss-Brauerei	—	Rhein. Stahlwerken	500,00
Akt. f. Anilin	484,00	Riebeck. Montan.	—
Allgem. Elektr. Ges.	330,50	Rombacher Hütten	390,00
Ammendorfer Papierfabrik	770,00	Rositzer Braunk.	423,50
Anhalter Kohlenw.	335,00	Rositzer Zucker	341,00
Annaberger Steingut	500,00	Sangerhäuser Masch.	700,00
Badische Anilin	66,00	Hugo Schneider A.-G.	348,00
Bergmann Elekt. Akt.	283,00	Schuckert & Co.	31,00
Berl. Masch.-Bau	379,00	Siemens & Halske	368,50
Bismarckhütte	712,00	Stettiner Chem.	465,00
Bochumer Gußstahl	531,75	Stettiner Vulkan	311,00
Chem.-Fabr. Buckau	434,00	Stollberger Zinkh.	435,00
		Strals. Spielkarten	—
		Thale-Eisenhütte	1025,00
		Triptis Porzellan	336,00
		Türk. Tabakregie	100,00
		Ver. Köln-Rottweiler	425,00
		Ver. Glanzstoff	770,25
		Wegelin & Hübner	—
		Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
		Westeregeln Alkali	988,00
		Wittener Gußstahl	—
		Wrede Mälzerei	189,00
		Zeitzer Masch.	610,00
		Zellstoff Welthof	—
		Olavi-Minen	867,00
		Hildebrand, Mühlen	268,00

Tendenz: fest.

Leipziger Effektenkurse.

Leipzig, den 4. November 1920.

Chemnitzer Bankverein	184,50	Mansfelder Kuxe	4825,00
Leipziger Hypoth. Bank	153,25	Oelsnitzer Kuxe	900,00
Mitteld. Privatbank	183,50	Pittler, Leipzig	446,00
Cröllwitzer Papierfabrik	325,00	Prenlitzer Stamm-Akt.	150,00
Glauziger Zuckerfabrik	625,00	„ Priorit.-Akt.	200,00
Gr. Leipziger Strassenbahn	150,00	Riebeckbier	235,00
Hallesche Zuckerfabrik	377,00	„ Vorzugs-Akt.	127,00
Jenzsch, Zeme.fabrik	154,00	Rositzer Zuckerfabrik	345,00
Hugo Schneider, Paunsd.	344,00	Rudelsburger Zementfabrik	148,00
Körbisdorf. Zuckerfabrik	—	Sachsenwerk	435,00
Leipziger Kammgarnspinnerei	440,00	Sondermann u. Stier	248,00
Leipziger Malzfabrik	150,00	Stöhr u. Co.	565,00
		Zimmermann, Halle	180,00
		Zimmermann, Chemnitz	248,00

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Mörgeltin; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brintmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger, Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201105011/fragment/page=0004